

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

13.12.1900 (No. 342)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 13. Dezember.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Überlangte Drucksaßen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Nr. 342.

1900.

* Preßstimmen zur Wahlrechtsrede

des Präsidenten des Ministeriums des Innern.

Seit einer Woche beschäftigt sich die heimathliche und außerbadische Presse mit den auf eine Revision des badischen Wahlrechts bezüglichen Darlegungen des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Schenkel auf dem Festmahl des Badischen Handelstags. Daß bei der Kritik der Ministerrede die Meinungen der Presseorgane, je nach ihrer Parteistellung, auseinandergehen, ist begreiflich; immerhin erachten wir eine theilweise Wiedergabe der uns am wesentlichsten erscheinenden Stellen einzelner Preßäußerungen angemessen.

Die „Badische Presse“

welche die Rede nach einer vom Vertreter des Blattes während des Festmahls gefertigten und, wie wir hören, vom Redner selbst nicht durchkorrigirten, übrigens abgesehen von manchen Kürzungen und dadurch bewirkten Schärfungen, getreuen Niederschrift zuerst gebracht hat, bemerkt auf Grund des persönlichen Eindrucks Folgendes:

Die begeisterte Zustimmung, die immer wieder bei den Worten des Ministers einsetzte und der stürmische Beifall, der nach Beendigung der Rede den Saal durchhallte, zeigte deutlich, daß Minister Schenkel sich nicht getrennt, wenn er gerade bei den Vertretern von Handel und Industrie volles Verständnis für die Haltung der Regierung in der Wahlrechtsfrage voraussetzt. Das Echo aber dieser bedeutungsvollen Rede und des allseitigen enthusiastischen Beifalls wird sicherlich weit im Lande widerklingen.

„Badische Landpost“ (konservativ):

„Ezzenz Schenkel hat das Bedürfnis gefühlt, über seine Stellung in der inneren Politik unseres Landes bei der ersten möglichen Gelegenheit volle Klarheit eintreten zu lassen. Dafür sollte ihm allerseits Dank gezollt werden. Die Rede selbst zeichnet sich durch sachliche Ruhe, am allermeisten aber durch ihre kraftvolle Entschiedenheit aus, die überaus wohlthuend berührt. Eine feste Regierung hatte auch Herr Schenkel. Kommerzienrath Schneider in seinem vorübergehenden Trinkspruch gewünscht. Herr Schenkel hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er diesen Wunsch gern erfüllt.“

„Badische Landeszeitung“ (nationalliberal):

„Die liberale Partei sucht keinen Konflikt mit der Regierung. Sie wird den Ultramontanen und den Radikalen gewiß nicht den Gefallen thun, einen Sturm auf das Ministerium wegen der Wahlrechtsfrage mitzumachen. Dagegen spricht ihre Vergangenheit, dagegen hat sie sich doch auch wieder in dem letzten Parteischreiben geäußert. Sie wird ja von den Gegnern hart genug angegriffen, weil sie bei diesem Sturm nicht helfen will. Sie wird, das braucht man doch nicht zu betonen, in allen wirtschaftlichen Fragen das Parteiinteresse in den Vordergrund stellen und, wie bisher, Verständigung mit anderen Parteien zum Wohle des Ganzen suchen. Daran hat es doch auch auf dem letzten Landtag nicht gefehlt. In den politischen Fragen jedoch kann die Partei ihre Haltung nicht ändern. Das Ministerium hat das Recht und die Pflicht, seine in einer wichtigen Frage von den Anschauungen der großen Parteien des Landes abweichende Meinung zu vertreten. Ebenso muß den Parteien die Selbstständigkeit ihrer Haltung gewahrt bleiben.“

„Volksfreund“ (sozialdemokratisch):

„Von der nationalliberalen Partei, der bisherigen Regierungspartei sans phrase, sagte Herr Schenkel, sie sei „abgesprungen“. Daß dieses „Abpringen“ mit einem ziemlich großen Korn Salz zu verstehen ist, haben die Herren Goldschmidt und Linz in der Versammlung des Karlsruher Nationalliberalen Vereins kühn gethan, und wahrscheinlich wird der in fast apologetischem Ton gehaltenen Satz des Ministers: „Wenn Sie wieder hinausgehen in das Land und vielleicht sehen, daß man in Versammlungen der Arbeitervereine über die Wahlrechtsfrage zu sprechen, so wissen Sie jetzt und können es überall sagen: Die Regierung wird dem nie zustimmen.“ am meisten Beifall bei den Nationalliberalen selbst finden.“

„Badischer Landesbote“ (demokratisch):

„In parlamentarischen Staaten wie England und Frankreich ist es ja eine alte Gepflogenheit, daß Staatsmänner auch bei nicht gerade politischen Veranstaltungen politische Banterreden halten, in Deutschland ist das etwas Neues. Gewissermaßen bahnbrechend auf diesem Gebiete in Deutschland ist also unser neuer Präsident des Ministeriums des Innern, Herr Schenkel, durch seine Programmrede gelegentlich des Festmahls des Badischen Handelstages geworden. Was Herr Schenkel sagte war nichts Neues. Man hat nichts anderes von ihm erwartet, als daß er zum mindesten in den „bemährten“ Eisenlohr'schen Bahnen den Regierungskarren weiter drücken werde.“

„Schwäbischer Merkur“ (deutschparteilich):

„Die Tischrede des Präsidenten des Ministeriums des Innern, Dr. Schenkel, beim Festmahl des Badischen Handelstages kam gerade zu rechter Zeit, um das erlahmende Interesse an den Erörterungen über das direkte Landtagswahlrecht wieder neu zu beleben. In sehr geschickter Weise stellt die Rede alle Gründe zusammen, die sich gegen das geforderte direkte Wahlrecht vorbringen lassen, um dann ebenso die verschiedenen vorgeschlagenen Rautelen durchzugehen und das System der Zusatzabgeordneten, der Vertreter besonderer Interessentkreise, als das einzig Annehmbare für die Regierung zu bezeichnen.“

„Neue Badische Landeszeitung“ (freisinnig):

„Wenn Dr. Schenkel in der Wahlrechtsfrage den Standpunkt seines Vorgängers nicht verlassen will, so liegt es offenbar nicht an reaktionärer Gesinnung, sondern lediglich an einer

mancherlei Bedenken, die er gegen das lautlose direkte Wahlsystem hegt. Er versichert auch ausdrücklich, daß die Regierung nicht aus Abneigung gegen Gewährung weiterer Volksrechte handle, und daß sie nicht daran denke, „gewisse Klassen der Bevölkerung die nach dem heutigen Verfahren wahlberechtigt sind, später von der Mitwirkung bei der Wahl auszuschließen oder ihr Wahlrecht zu verkümmern“. Da wir keinen Grund haben, den Zusicherungen des Herrn Ministers zu misstrauen, so knüpfen wir hieran die Hoffnung, daß eine Verständigung zwischen den gegenseitigen Faktoren trotz allen Zwiespalts der Anschauungen schließlich doch nicht unmöglich sein wird. . . . Wenn der Herr Minister betont, daß die Regierung nicht von Tagesmeinungen abhängig sein dürfe, sondern auch auf die Zukunft blicken und die Wirkungen auf Jahrzehnte voraus berechnen müsse, so kann man ihm darin nur zustimmen. Widerprechen müssen wir aber der Auffassung, daß es sich bei der Wahlrechtsfrage nur um „Stimmungen des Tages“ handle. . . . Da der Herr Minister selbst durchdringt ließ, daß die Regierung nicht auf alle ihre Forderungen verzichten wird, sondern die Einigung auf eine Mittellinie in's Auge faßt, so braucht man einen „Riß zwischen Landtag und Regierung“ allerdings nicht zu befürchten. Man muß eben über diese Frage sachlich weiter verhandeln und nach einem anderen Weg der Verständigung suchen. Und es gibt einen solchen Weg!

„Konstanzer Abendzeitung“ (freisinnig):

„Das dem früheren Landtagsabgeordneten Benedey nahestehende Blatt stellt „mit Genugthuung“ fest, daß in der Rede des neuen Ministers „wenn auch mit den üblichen Verkläuterungen“, die gleichzeitige Einführung des Proportionalwahlrechts als ein entsprechendes Gegengewicht gegen die angeleglichen Nachteile und Gefahren der direkten Wahl aufgeführt wurde. Wer diese Stelle der Rede, so fährt die „Konst. Abendz.“ fort, nach dem Wortlaut der „Karlsruher Zeitung“ aufmerksam durchliest, wird gleich uns zu der Ansicht kommen, daß die Regierung, wenn die nächsten Landtagswahlen wiederum eine starke, entschlossene und ehrliche Mehrheit für die direkte Wahl erbringen sollten, ohne sich ernstlich etwas zu vergeben, einen demjenigen des früheren württembergischen Ministeriums Mittnacht ähnlichen Standpunkt einnehmen und anstatt Privilegierter in der Zweiten Kammer die Wahl eines Theils der sämtlichen Abgeordneten durch das Proportionalwahlrecht acceptiren könnte. Jedemfalls läßt die Schenkel'sche Rede der Regierung diesen Ausweg offen. Damit würde aber zweifellos auch die bisherige Opposition vollkommen zufrieden sein.“

„Mannheimer Generalanzeiger“ (nationalliberal):

„Zum erstenmal seit dem Ministerwechsel liegt eine authentische Kundgebung der Großherzoglichen Regierung zur wichtigsten Frage der innerbadischen Politik vor. Minister Schenkel hat die Gelegenheit benutzt, um auf dem Banket des Handelstages seinen Standpunkt zur Wahlrechtsfrage darzulegen, und zwar mit einer Offenheit, wofür ihm auch der dankbar sein wird, der über manche Punkte anderer Meinung ist. An Bornheimlichkeit des Tones und staatsmännlicher Auffassung steht diese Rede hoch über Allem, was bisher von mehr oder minder berufener Seite über den Standpunkt der Regierung geschrieben worden ist. Nach diesen Auslassungen hat man glauben müssen, Minister Schenkel sei der starre Dogmatiker, der seit langer Zeit die Geschichte eines Bundesstaats zu leiten berufen war. Mit Vergnügen wird man aus seiner Rede erkennen, daß er die Dinge zwar durchaus selbständig und eigenartig, aber auch durchaus realpolitisch betrachtet. . . . Das Streben des Ministers, den verheißenen Wahlkampf zu mildern, finden wir im höchsten Grade verdienstvoll. Da er nun dem belgischen Wahlverfahren, das diese Wirkung anerkanntermaßen gehabt hat, wenigstens einen wohlwollenden Seitenblick gönnte, da er auch ausdrücklich betonte, auch die Regierung werde nicht starr an jeder Forderung festhalten, so ist in der That die Hoffnung berechtigt, man werde in absehbarer Zeit noch einmal die mittlere Linie finden, auf der man sich zu einem modernen und fortschrittlichen Wahlverfahren vereinigen können.“

„Neues Mannheimer Volksblatt“ (Centrum):

„Der langen Rede kurzer Sinn ist in dem Satz gekennzeichnet: Die befürchteten Gefahren des direkten Wahlrechts bestehen in der Zurückdrängung der mittleren Stände, die durch ihren Besitz und ihre Bildung vor den Massen hervorragten und gerade die Führung im Volke abgeben müssen.“ So ungefähr sagt's der Herr Piefer auch, nur mit ein bißchen anderen Worten.“

„Dreißgauer Zeitung“ (nationalliberal):

„Die Rede des Ministers Dr. Schenkel über die Wahlrechtsfrage hat in der Presse volle Beachtung gefunden. Als die neueste offiziöse Kundgebung kennzeichnet sie den Standpunkt der Großherzoglichen Regierung auf's Bestimmteste und selbst der auf einem anderen Standpunkt stehende muß die Klarheit und Offenheit dieser Erklärungen wie den bei aller Bestimmtheit maßvollen Ton derselben anerkennen. Darin sind alle Parteien mit dem Minister einig, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Volksvertretung durchaus keinen Konflikt bedingen, und wenn der Minister der Hoffnung Ausdruck verliehen hat, daß die Parteien sich mit der Regierung trotz aller politischen Gegensätze doch immer wieder zu nutzbringender Thätigkeit zusammenfinden, so wird er, nach der Erfahrung von den letzten Landtagen zu schließen, in dieser Erwartung nicht getäuscht werden. Es wird auch die Wahlrechtsfrage an dem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Regierung und den Nationalliberalen nichts zu ändern brauchen; doch muß man der Auffassung des Ministers begegnen, als ob die nationalliberale Partei nur einer Tagesstimmung folge, indem sie für das direkte Wahlrecht eintrete.“

„Echo von Baden-Baden“ (Centrum):

„Es hat sich also vollaus bewahrheitet, daß der vor zwei Monaten erfolgte Ministerwechsel keineswegs einen Wechsel des Systems bedeutete. Wir beklagen das aufrichtig, nicht etwa, als ob wir den Kampf fürchteten, sondern weil wir von einer

baldigen, befriedigenden Lösung gerade dieser Frage, welche wir — im Gegensatz zu dem Herrn Minister — für die wichtigste unter allen Angelegenheiten der inneren Politik im Lande Baden halten — eine Verhütung der so lange schon erregten Gemüther erhofften.“

„Konstanzer Zeitung“ (nationalliberal):

„Die Rede des Ministers fand bei den Vertretern der badischen Handelskammern lebhaften Beifall. Und daß darin der neue Leiter des Ministeriums den Regierungsstandpunkt geschickt und entschieden, aber ohne die unnötige Schärfe der jüngsten offiziellen Auslassungen vertreten hat, müssen auch die anerkenntlichen, welche nicht in allem mit Dr. Schenkel einig gehen.“

„National-Zeitung“ (nationalliberal):

„Unbegreiflich bleibt, wie der Minister zu der Auffassung gelangte, daß „weitau der größte Theil der Centrumpartei“ den Standpunkt theile, daß für das Staatswohl nicht geeignet und für die Vertretung der allgemeinen Interessen nicht zweckmäßig sei, wenn in den Massenwahlen ein Jeder gleich und direkt wählt. In dem Verlangen nach der direkten Massenwahl ist das badische Centrum genau so radikal wie die Demokratie.“

Die hier aufgestellte Behauptung ist nicht zutreffend. In der Rede des Herrn Präsidenten Dr. Schenkel ist nur gesagt, der größere Theil des Centrums stehe auf dem relativen Standpunkt der Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit und sei von diesem aus, wie der kleinere radikale, auf dem absoluten Standpunkt stehende Theil zum unbeschränkten gleichen direkten Wahlrecht gelangt. Von diesem Standpunkte aus könne man aber auch, wie das durch das Verhalten der „katholischen Partei“ in Belgien dargethan werde, zu einer anderen Auffassung gelangen.“

„Hamburger Nachrichten“ (gemäßigt-liberal):

„Der neue Minister des Innern, Schenkel, war weiteren Kreisen politisch unbekannt. Man hielt für möglich, daß er die Erbschaft seines Vorgängers bei Seite lassen und mit einem fröhlichen Saltomortale Arm in Arm mit den Nationalliberalen auf den von der Opposition bereiteten Boden springen werde. Die Haltung der offiziellen Presse stimmte zwar nicht zu derartigen Erwartungen; aber man meinte, daß die Wahrnehmung, wie die Nationalliberalen in Parteiversammlungen in den verschiedenen Theilen des Landes sich in einen wachsenden Feuereifer für das direkte Wahlverfahren hineinredeten, schließlich auf den Minister doch nicht ohne Eindruck bleiben werde. Nunmehr hat Herr Schenkel bei einem Festmahl des badischen Handelstages die Gelegenheit ergriffen, die Öffentlichkeit in einer ebenso bedeutenden wie maßvollen Rede über seine Stellung in der Wahlrechtsfrage gründlich aufzuklären. Damit sind alle Spekulationen auf eine Schwankung der Regierung im Sinne der Nachgiebigkeit gegen die Aspirationen des Radikalismus mit einem Schlage zerbrochen. . . . Herr Schenkel ist auch gleich im Voraus der Frage begegnet, was die Regierung thun werde, wenn demnach auf dem nächsten Landtage, wie wahrscheinlich, eine große Mehrheit der Zweiten Kammer das bedingungslose direkte Wahlrecht beschloße. Dann, sagt Herr Schenkel in aller Ruhe, bleibt alles beim Alten, und er fügt hinzu, daß das ja auch grade kein Unglück sein würde. Das meinen wir auch. Warum muß denn überhaupt das badische Landtagswahlrecht „reformirt“ werden? Auf jeden Fall ist die feste Entschlossenheit, mit welcher die badische Regierung den radikalen Zumuthungen entgegentritt, eine hocherfreuliche Erscheinung, die eines tiefen Eindrucks in ganz Deutschland umso mehr sicher sein kann, als die liberale Grundanschauung der badischen Regierungspolitik seit vier Jahrzehnten außer Zweifel steht.“

Die „Straßburger Post“ und andere Blätter drucken die (auch von der „Karlsruher Zeitung“ übernommenen) Ausführungen der „Süddeutschen Reichsforrespondenz“ ab.

Bei diesem Anlaß ist noch die in Nr. 337 dieses Blattes wiedergegebene Erklärung des Herrn Ministers Eisenlohr zu erwähnen. Für Jeden, welcher die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Minister Eisenlohr und seinem Nachfolger kennt, ist es klar, daß sich jene Erklärung nicht gegen Präsident Schenkel, sondern gegen die nationalliberale Partei richtet, deren Schwankung zum unbeschränkten direkten gleichen Wahlrecht schon im Sommer bevorstand. Die Erklärung Eisenlohr's enthält nicht eine Verächtigung, sondern eine Vervollständigung zu den auf dessen Rücktritt bezüglichen Worten des Präsidenten Schenkel. Minister Eisenlohr glaubte als Folge dieser Schwankung neue politische Kämpfe voraussehen zu müssen und fühlte sich, bei sonst ungebogener Kraft des Körpers und des Geistes, doch nicht mehr rüstig genug, um diese Kämpfe weiter zu führen.

Damit unserer Zusammenstellung der heiteren Schluß nicht fehle, fügen wir noch eine Aeußerung der „Mittelbadischen Nachrichten“ bei. Nach der Probe zu urtheilen wird dieses Blatt an Entschiedenheit der Gesinnung und Bornehmtheit des Ausdrucks auch von der „Volksstimme“ und dem „Volksfreund“ nicht übertroffen. Seine Gedanken strotzen von Kraft und Neuheit und um sie recht eindrucksvoll den Köpfen seiner Leser einzuprägen, scheidet der Verleger nicht die höchsten Aufwendungen für fetteste Lettern und dicke Druckerschwärze. Mit harter Arbeit rodet der Schriftleiter dieses Blattes in dem Ur-

(Mit einer Beilage.)

walbe der öffentlichen Mißstände herum, er läßt sich nicht irre machen durch jaghafte Ueberlegung oder blenden durch das Ansehen der Person; rechts und links liegen die durch seine wichtigen Sätze niedergestreckten Gegner und dem Opfer wird dann ritterlich, noch naß von der Druckpresse, ein Freizeiglas des Blattes überreicht, worin seine Niederlage weltgeschichtlich besiegelt ist. Ein solches Dokument erhielt auch Präsident Schenkel, welcher es uns freundlichst mitgeteilt hat. Wir lassen die Auslassungen wörtlich folgen, leider ohne den Zeitdruck vollständig nachahmen zu können:

... Minister Schenkel scheint die letzten drei Jahrzehnte geschlafen zu haben. Was er wörtlich über die Wahlrechtsfrage geäußert hat, sind alte Ladenaüter, die sein Faktotum schon besser und schon lange in der „Karlstr. 10.“ in den „Berl. Neuest. Nachr.“ und „Straßb. Post“ z. B. dreitgetreten hat, die auch ein Parteigänger dritter Garnitur hätte dem Publikum vorführen können, und die von der Mehrzahl der nationalliberalen Organe abgelehnt worden sind. I. Das Volk will das direkte Wahlrecht. II. Die Vorschläge der Regierung werden, mit Ausnahme der Konserwativen, von allen Parteien abgelehnt, auch von der nationalliberalen Partei. Will die Regierung mit dem Konserwativen Fährlein Politik machen? Oder will sich die Regierung dauernd dem Willen der überwindlichen Mehrheit des badiischen Volkes entgegenstellen? Eigenstimm und Startfähigkeit sind gerade in dieser Frage nicht staatsmännisches. Wir richten direkt die Frage an Minister Schenkel: Will die Regierung durch ihre unbegreifliche Politik die nationalliberale Partei und die liberale Sache in Baden in Grund und Boden hineinruinieren?..

Wenn Präsident Schenkel, wie wir annehmen, ein Freund des Humors ist, besonders des unwilligen, so hat er hierüber gewiß herzlich gelacht, namentlich über den „breitgetretenen Ladenaüter“.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 11. Dezember.

Der Reichstag setzte die erste Etatsberatung fort. Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Abg. Bebel (Soz.) führt aus: Die Darlegungen v. Thielmanns über die Reichsfinanzen in der Kommission waren schon ein Gemälde schwarz in schwarz. Die gestrigen Ausführungen rechtfertigten das vollkommen. Viele glauben, das chinesische Abenteuer gab den ersten Anstoß zu der rückwärtigen Bewegung seit dem Sommer. Wir stehen erst im Anfange der Krise, deren Umfang und Dauer noch nicht abzusehen ist. Es macht den Eindruck der Fronte, wenn gerade die Vertreter jener beiden Parteien, die im Vorjahre so viel bewilligten, zur Sparsamkeit raten; aber die Erkenntnis kommt zu spät. Redner wendet sich dann gegen den Rath Müller's Fulda, bei der Post zu sparen, da es sich hier um eine Förderung der Kultur handle. Eine Schaumweinsteuer und Saccharinsteuer werde das große Reichsfaß auch nur ein wenig füllen können. Auch die Herren des Bundesrats erfüllen ihre Aufgabe schlecht. Redner würde es als einen Fortschritt betrachten, wenn ein Bundesrat überhaupt nicht existierte und wir statt der vielen kleinen Staaten einen Einheitsstaat hätten. Wozu sind wir denn eine Volksvertretung, wenn wir nicht unsere Rechte gegenüber dem Bundesrat wahrnehmen? Sie, Herr Müller-Fulda, sind der erste Attentäter und verdienten zuerst gehängt zu werden. (Gelächter.) Die Ausgaben für das Reichswehr und die Marine stiegen binnen 12 Jahren von 502 auf 1032 Millionen Mark, also um 106 Proz., ohne daß das nationale Vermögen den gleichen Schritt hielt. Das haben wir in erster Linie dem Centrum zu danken. Die Wirtschaft der Nationalliberalen war schon arg, aber gegenüber Ihrer Wirtschaft bekommt man vor den Nationalliberalen ordentlich Respekt. (Gelächter.) Die Nationalliberalen wahrten wenigstens das Budgetrecht. Unter der Regide des Centrum schreiten wir aber einer wahren Budgetanarchie entgegen. Meine Freunde konnten gestern ausnahmsweise nahezu allem zustimmen, was der Kanzler über unsere Politik in der Transvaalfrage und betreffs der Beziehungen zu England sagte. Wir sprachen uns seinerzeit auf das Entschiedenste gegen den provokatorischen Ton des Telegramms nach dem Jameson-Einfall aus und haben heute die Genugthuung, daß die Reichsregierung nach vier Jahren die Bahn eingeschlagen hat, die wir damals für notwendig hielten. Wir haben allen Grund, mit England freundlich zu stehen, ohne uns in der Aktionsfreiheit dadurch zu beschränken, aber wir halten die Kriegsführung Englands in Transvaal für barbarisch. Wenn das Burenvolk heute am Boden liegt und Präsident Krüger die christlichen Regierungen Europas um Vermittelung anruft, ist das menschlich begrifflich und von seinem Standpunkt aus richtig. Ich verurtheile die Abweisung des alten Krügers auf das Schärfste, weil dadurch die deutsche Politik sich den Anschein der Treulosigkeit gegeben hat. Das menschliche Mitgefühl und jene einst gegebene Erklärung geboten, daß Paul Krüger in Berlin empfangen würde. Redner bespricht dann die innere Politik und fragt den Staatssekretär Graf v. Posadowsky, wann er von den zwölftausend Mark Kenntnis erhalten habe und was er auf Grund der Enthüllungen des Abg. Naab betreffend den berüchtigten Brief der Seevereinigungsgesellschaft gethan habe. Er verlange eine positive Erklärung. Uns sind die Augen geöffnet worden, die Sozialdemokraten sind mit dem Reichsamt des Innern fertig. Redner kritisiert die neuen Anforderungen der Heeresverwaltung und fragt den Kriegsminister, ob eine Umwandlung der Artillerie beabsichtigt sei, ob Kanonen nach England geliefert würden und eventuell, wie sich dies mit der Neutralität verträge. Woher stammen die Mittel zu den neuen Geschützmodellen? Der Flotten-Verein habe Hunderttausende für Schiffneubauten zur Verfügung gestellt, darüber müsse der Reichstag befragt werden. Die Annahme der Mittel sei eine neue Verletzung des Budgetrechtes nach dem Sage: sic volo, sic jubeo. Am Ende des 19. Jahrhunderts habe sich die bürgerliche Gesellschaft unfähig gezeigt, die ungeheuren Gegenstände zu überbrücken, die der Kapitalismus geschaffen. (Gelächter rechts und beim Centrum, Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky führt aus: Ich konnte auf die Interpellation der 12000 Mark-Angelegenheit nicht antworten, weil sie an den Reichskanzler gerichtet war. Wer mich kennt, weiß, daß ich die Furcht nicht kenne und der Regie bin, der irgend eine Verantwortlichkeit absteht. Ich erklärte vor dem Reichstag und dem ganzen Lande, daß ich volle Verantwortlichkeit für das trage, was in meinem Ressort geschieht. Die Angelegenheit selbst hängt mit dem Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen zusammen, das im Interesse der Arbeiter geschaffen wurde. (Gärtlicher Lärm links.) Hören Sie meine Verteidigung zu Ende. Wir sind hier nicht in einem Konvent, sondern im Deutschen Reichstage. Jenes Gesetz hatte zur Grundlage, daß das Recht des Arbeitswilligen ebenso viel gelten solle, als dessen, der nicht arbeiten will. Jener Betrag wurde verwendet zur Deckung der Ausgaben, die durch die

Verbreitung leblich des amtlichen Materials, welches seit Wochen und Monaten dem Reichstage vorlag. Das Gesetz durch diese Veröffentlichungen noch nachträglich durchzubringen, konnte unsere Absicht nicht sein. Die sozialdemokratische Presse hatte aber das Buchhausgesetz fortwährend falsche Angaben verbreitet. (Zurufe links, der Präsident unterbricht diese mit der Bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.) Redner fährt fort: Es war nötig, durch amtliches Material die Wahrheit in die großen Massen des Publikums zu tragen. (Zurufe links.)

Der Präsident erklärt, wenn jetzt noch Unterbrechungen folgen, werde ich von meinen Präsidialbefugnissen Gebrauch machen. Ich bitte, bei der Debatte, die eine gewisse Aufregung hervorruft, sich jeden Zeugniss des Mißfallens oder der Zustimmung zu enthalten. (Zurufe links: Wir sind doch hier nicht in einer Kaserne.) Der Präsident bleibt während der weiteren Rede Posadowsky's stehen.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky fährt dann fort: Daß die Regierung solches Material verbreitet hat, darin wird Niemand einen Vorwurf sehen können. Ueber die Opportunität, die Kosten vom industriellen Verband zu erbitten, kann man streiten, aber die daraus gezogenen Konsequenzen sind unbedenklich. Wir hätten sie auch auf unser Druckkostenkonto nehmen können, ohne daß sie die Oberrechnungskammer monitri hätte. Die Ursache, das nicht zu thun, lag vielleicht in einer gewissen bürokratischen Neiglichkeit oder darin, daß der Verband ein großes Interesse hatte, die Arbeiter aufzuklären. (Erneuter Lärm links.) Die Angriffe gegen einen Beamten, der seit Jahren sich die höchsten sozialpolitischen Verdienste erworben hat, sind unangebracht. Daß wir seit Jahren in Abhängigkeit vom Centralverband stehen, ist unrichtig. Vom grünen Tische aus sollen wir nicht arbeiten, wenn wir aber Fachverhandlungen betreiben, weist man uns das ebenfalls vor. Die sozialdemokratische Presse veröffentlicht nur das, was die Regierung nach ihrer Ansicht Schlechtes thut. Was den Naab'schen Brief betrifft, so bin ich hier in einer schwierigen Lage. Der Mann, der diesen unwürdigen Brief geschrieben hat, liegt im Grabe und ist der Verantwortung entzogen. Das Reichsversicherungsamt hat im übrigen die Akten eingefordert; es sei abzuwarten, was diese thun werde. Gegenüber dem Vorwurf, daß nicht genug für Sozialpolitik geschehen sei, könne man mit dem Hinweis darauf begegnen, daß es eine Riesearbeit gewesen sei, das Invaliden- und Unfallversicherungsrecht erst lebensfähig zu machen. Was unser Verhältnis zu Amerika angehe, so sei selbstverständlich, daß, wenn ein großes Reich wie Deutschland vor der Neuordnung der handelspolitischen Verhältnisse stehe, alle Interessengruppen sich regen. Man solle aber die Regierung nicht angreifen, ehe man nicht wisse, was sie thun solle.

Abg. v. Karlowitz (Reichsp.) polemisiert unter großer Heiterkeit gegen Bebel, der an einer Art von Größenwahnsinn leide. Für die Ablehnung des Empfanges Krüger's habe Bebel die richtigen Worte gefunden. Die rückläufige Bewegung der Industrie sei auch auf das gigantische Anwachsen der südamerikanischen Industrie zurückzuführen. Redner schließt mit dem Wunsch, daß die auswärtige Politik im bisherigen Sinne weitergeführt werde.

Abg. Richter (freis. Volksp.) wendet sich gegen Staatssekretär Graf v. Posadowsky in der 12000 Mark-Angelegenheit und nennt sie gescheitert. In der Stellungnahme zur Transvaalfrage billigt Redner den Standpunkt des Reichskanzlers. Er bepricht dann die Finanzlage, bei der die Regierung schlechte Voraussetzungen gezeigt habe. Die Verwahrung der zwölfjährigen Dienstzeit habe sich durch die gute Paltung unserer Truppen, die in China so tapfer kämpften, gezeigt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ants.) spricht die freudige Genugthuung aus, wieder einen lebensfähigen Reichskanzler zu haben, an den man sich halten könne und der sich wehre, wenn man ihn angreife. (Große Heiterkeit.) Deutschland habe im südafrikanischen Kriege nicht strikte Neutralität gehalten. Zu einem glücklichen Ende kommen wir nur unter der Bedingung: „Los von England“.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Lieber (Centr.) wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

* Berlin, 12. Dezember.

(Telegraphischer Bericht.)

Fortsetzung der Etatsberatung.

Abg. Richter: Die Nachrichten von großen Ausgaben für neue Gewehre sind, so viel ich glaube, unrichtig. Ich wäre aber dem Kriegsminister sehr dankbar, wenn er dies bestätigen wollte. Der Ruf nach Sparsamkeit scheint mir sehr problematisch. Die Finanzen stehen allerdings nicht gut, so entsehrlich ist aber die Sache denn doch nicht. Wenn die Besteuerung richtig angefangen wird, so ist die deutsche Nation auch im Stande, die nötigen Mittel aufzubringen. Eine stärkere Heranziehung der Matrularbeiträge und die Einführung einer Reichseinkommensteuer wären zu erwägen. Auch ich würde für die neuen Vollerziehungsstellen und baldige Veröffentlichung.

Kriegsminister v. Goltz: Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Nachricht, ein Norweger habe ein neues Gewehr mit automatischer Ladevorrichtung erfunden. Um auf dem Laufenden zu bleiben, haben wir uns mit demselben in Verbindung gesetzt. Derselbe hatte uns auch ein Probegewehr zugesagt, daselbe ist aber nicht eingetroffen. Auch neue Probegewehre von der Firma Ehrhardt sind nicht eingegangen.

* Wien, 11. Dez. Die „Neue Freie Presse“ sagt: Nach dem Aufschluß, den Graf v. Bülow über sein Verhalten Transvaal gegenüber gab, sei es unwahrscheinlich, daß dem deutschen Volke seine Motive nicht einleuchten würden. Es würde dem Ansprache des Kanzlers glauben, daß er Herz und Kopf habe, wenn es sich darum handle, Deutschlands Interesse auch den eblen Wallungen der Volksstimmung gegenüber zu wahren.

* London, 11. Dez. Ueber die gestrige Reichstagsrede Bülow's sagt „Daily Telegraph“: Bülow hat keine überflüssigen Komplimente an uns verschwendet. Es besteht kein Grund in der Welt, der uns anhalten sollte, die Rede ruhigen Blutes so aufzunehmen, als es ihr zukommt. Wir werden den von dem Kanzler angeführten Grund für die Zurückhaltung der Befehlsmächte als mehr befriedigend und ehrenhaft ansehen, als jeden Anchein großmüthiger Enthaltung oder romantischer Abgenüthigkeit, aus unserer Schwäche Nutzen zu ziehen. Der Kanzler erklärt, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern praktische geschäftsmäßige und vernünftig sich den Verhältnissen anpassen seien, dabei aber vollständig unabhängig. Die von Bülow dargelegte Politik ist nicht nur vom deutschen Standpunkt berechtigt und vernünftig, sondern verdient von uns selbst als Muster für die Behandlung internationaler Angelegenheiten angenommen zu werden. — „Daily News“ findet, daß die Rede dem Ruf des Kanzlers als praktischer Staatsmannes entspreche habe. Sein Standpunkt, sagt das Blatt, ist natürlich der der deutschen In-

teressen. Es war ehrlich und verständig keine falschen Hoffnungen zu erwecken, sondern von Anfang an nein zu sagen.

Der Eisenbahnunfall bei Offenbach.

□ Berlin, 11. Dezember.

I.

Die eingehenden Untersuchungen über das Offenbacher Eisenbahnunglück sind nunmehr zu einem gewissen Abschluß geblieben. Es muß anerkannt werden, daß in den Zeitungen mit großem Fleiße der Unfall besprochen wurde und daß auf Mittel aufmerksam gemacht ist, wie solchen Unfällen vorzubeugen sei. Alle diese Mittheilungen und Vorschläge werden auf ihren berechtigten Kern untersucht und bei den Entschliessungen an maßgebender Stelle berücksichtigt werden. Daß die zur Erhöhung des Betriebes als nothwendig erkannten Einrichtungen ohne Rücksicht auf den Kostenpunkt getroffen werden, bedarf umso weniger einer besonderen Erklärung, als der Bundesrath die in dieser Beziehung maßgebenden Bestimmungen festsetzt und jedes Zurückbleiben gegenüber denselben ausgeschlossen ist.

Bei dem Offenbacher Eisenbahnunglück kommt in erster Linie die Streckensicherung in Frage.

Nach den in dieser Beziehung für die Hauptbahnen Deutschlands vom Bundesrath erlassenen Vorschriften dürfen Züge, zu denen auch alleinfahrende Lokomotiven zu rechnen sind, sich nur im Abstände von zwei Stationen folgen. Solche Stationen sind zunächst die Bahnhöfe; wenn diese aber zu weit von einander entfernt liegen, werden sogenannte Blockstationen zwischengeschaltet, die für jede Richtung ein Blocksignal erhalten. Kein Zug darf von einer Station abgelassen oder an einer Blockstation durchgelassen werden, bevor die Strecke bis zur nächsten Station, sei dies nun ein Bahnhof oder eine Blockstation, frei und dies gemeldet ist. Hierbei kommen elektrisch betriebene Blockwerke in Anwendung, die durch dauernd sichtbare Merkzeichen — kleine, roth- und weißgestrichene Scheiben — in den Block- und Weichenstellern, die auf die Zugfolge bezüglichen Meldungen „Strecke besetzt“ und „Strecke frei“ von Station zu Station übermitteln. Das Zeichen „Strecke besetzt“, die sogenannte Blockung der Strecke, wird hinter jedem aus einer Station ausfahrenden oder eine Blockstation durchfahrenden Zuge hergestellt, während sein Wechsel in „Strecke frei“, die sogenannte Entblockung der Strecke, nur von dem nächsten Signalwärter vorgenommen werden kann.

Sicherungsmaßnahmen dieser Art zur Regelung der Zugfolge sind auch auf der Strecke Mähheim a. M. — Offenbach im Betriebe; in der Mitte zwischen beiden Stationen befindet sich die Blockstation Nr. 11. Als der D-Zug 42 die Station Mähheim verlassen hatte, wurde er durch das hinter ihm auf Halt gestellte Ausfahrtsignal dieser Station gegen den vier Minuten später nachfolgenden Personenzug vorchriftsmäßig gedeckt, und dem letzteren konnte die Ausfahrt erst frei gegeben werden, nachdem die durch den D-Zug besetzte Strecke durch den Wärter der Blockstation entblockt, d. h. der D-Zug an dem Signale dieser Blockstation vorbeigefahren war. Um dies ausführen zu können, hätte also das Blocksignal der Blockstation 11 einmal auf Fahrt und hinter dem Zuge wieder auf Halt gestellt werden müssen. Die Stellung dieses Signals auf Fahrt war aber wiederum nur dann möglich, wenn es vorher von Offenbach entblockt, d. h. freigegeben wurde. Dies war von Offenbach jedoch wegen einer dem D-Zuge vorausgefahrenen Maschine bei der Annäherung des D-Zuges an die Blockstation 11 noch nicht geschehen, so daß der D-Zug an der Blockstation noch das Haltsignal vorfand. Dieses Signal bemerkte der Lokomotivführer wegen des herrschenden dichten Nebels zu spät, er fuhr daher trotz Bremsens über das Haltsignal hinaus, setzte dann aber den D-Zug zurück, um in der Nähe des Blocksignals dessen Fahrstellung abzuwarten. Der Blockwärter hatte dagegen angenommen, daß der Lokomotivführer des im Nebel verschwindenden Zuges das Haltsignal überhaupt nicht gesehen hätte und nach Offenbach weiter fahren würde. Da nun auch gerade zur Zeit der Vorbeifahrt des D-Zuges sein Signal von Offenbach entblockt wurde, so hätte in der That den ohne Erlaubniß weiter gefahrenen D-Zug ein Unfall nicht treffen können, wenn er seine Fahrt nach Offenbach fortgesetzt hätte. In seiner irrthümlichen Annahme, daß letzteres geschehen sei, glaubte der Blockwärter, den nachfolgenden Personenzug in Mähheim nicht unnötig aufhalten zu sollen; er stellte daher nachträglich sein Signal auf Fahrt und wieder auf Halt, und gab dann das Signal in Mähheim frei, und damit auch die Strecke von dort bis zur Blockstation 11. Infolge dessen fuhr der gleich von Mähheim abgelassene Personenzug, da sein Führer wegen des herrschenden dichten Nebels das Haltsignal ebenfalls nicht früh genug sah, auf den bis über das Blocksignal hinaus zurückgesetzten D-Zug auf.

Als Ursache des Unfalls wird in der Presse vielfach der Umstand bezeichnet, daß das Blocksignal nicht mit einem Vorsignal versehen ist. Für Bahnhöfe in Fahrstrecken sind die Vorsignale erst seit 1898 durch die vom Bundesrath erlassene Betriebsordnung für die Hauptbahnen Deutschlands vorgeschrieben; bei den preussischen Staatsbahnen war die Aufstellung solcher Signale schon vorher bereits im wesentlichen erfolgt und ist jetzt, wie zur Nichtigstellung anderwärts in die Presse gelangter Mittheilungen angegeben werden mag, überall durchgeföhrt. Dagegen sind Vorsignale für Blockstationen in der Betriebsordnung nicht vorgeschrieben, auch ist die Frage

ihrer Zweckmäßigkeit noch eine strittige. Bisher war die Mehrzahl der Fachleute im allgemeinen gegen die nach ihrer Ansicht die Gefahren eher vermehrende als vermindernde Aufstellung von Vorkontrollstationen. Die Kostenfrage hat dabei durchaus keine Rolle gespielt. Daß Blocksignale ohne Vorkontrollstationen unter Umständen überfahren werden können, ist selbstverständlich nicht unberücksichtigt geblieben; es besteht die Dienstweisung, daß die rückwärtsliegende Strecke für einen folgenden Zug nicht eher freigegeben werden darf, bis der an der Blockstation vorbeifahrende Zug eine bestimmte, in jedem Falle örtlich bezeichnete Stelle hinter dem Blocksignal überfahren hat. Dank dieser Bestimmung waren bis jetzt Zusammenstöße auf Blockstationen noch nicht vorgekommen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 12. Dezember.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Mittag in Schloß Baden den Generalleutnant a. D. Grafen von Sponek, welcher aus Gernsbach gekommen war, um seine Aufwartung zu machen.

Gegen 1 Uhr erhielten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin den Besuch Seiner Durchlaucht des Prinzen Heinrich XIX. Neuf, Kommandeurs der 34. Division in Metz und Gemahlin, geborene Prinzessin zu Hohenlohe-Dehringen. Dieselben nahmen an der Frühstückstafel theil, zu welchen auch Prinzessin Amélie zu Fürstberg erschien.

Oberst Schmidt Am Samstag wurde die irdische Hülle des verstorbenen Kommandeurs der badischen Gendarmen, Herrn Oberst Schmidt, unter außergewöhnlich zahlreicher Beteiligung von Leibtragenden auf dem hiesigen Friedhofe zu Grabe getragen, wobei Herr Stadtschreiber Rath Knörzer die kirchlichen Funktionen vornahm. Außer den Herren Ministern Dr. Koll, Dr. Buchenberger und Herrn Ministerialpräsidenten Dr. Schenkelnahmen Herr Oberst v. Marschall, der kommandierende General v. Bülow und zahlreiche höhere Offiziere der hiesigen Garnison, sowie die vier Distriktskommandanten der Gendarmen nebst vielen sonstigen Beamten theil. Das Beibragenerregiment, bei dem der jetzt Verstorbene früher gestanden hatte, entsandte eine Schwadron mit der Kapelle. — Oberst Schmidt war 1838 in Mannheim geboren, wurde 1859 Sekondeleutnant im 2. Dragonerregiment, 1862 Premierleutnant, 1872 Rittmeister, 1883 Major, 1886 etatsmäßiger Stabschef im Dragonerregiment Prinz Albrecht von Preußen, 1890 als Oberleutnant m. d. R. eines Regimentskommandeurs zu den Offizieren von der Armee versetzt, 1891 verabschiedet mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Dragonerregiments Nr. 1, und 1893 Kommandant des 3. Gendarmeregiments (Karlsruhe).

In der heute stattgehabten 63. öffentlichen evangelischen Kirchengemeindeversammlung wurde die Aufnahme eines Anliehens von 80 000 M. bei der Stadt Karlsruhe; die Neubekleidung der Organistenstellen und Anstellung eines Dieners bei der Christuskirche genehmigt. Die Kredithöhung für Herstellung der Kleinen Kirche wurde zurückgestellt, da die schriftliche Begründung noch nicht vorlag. (Die Ausgaben für die Restauration der Kleinen Kirche haben statt der vorgesehenen 20 000 M. etwa 32 000 M. betragen.)

Naturwissenschaftlicher Verein Freitag, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr, findet im kleinen Saale des Museums eine Sitzung statt, in der Herr Geh. Hofrath Dr. Gaib über die Ende September d. J. stattgehabte Konferenz der internationalen Erdmessung in Paris sprechen wird.

Allgemeine Volksbibliothek Vom 3. bis 9. Dezember wurden an 607 Besucher 765 Bände ausgeliehen.

Badischer Landwirtschaftsrath.

Karlsruhe, 12. Dezember.

Erster Tag.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten, Landtagsabgeordneten Klein, begannen heute in Saale der „Vier Jahreszeiten“ die Verhandlungen des Landwirtschaftsraths, denen seitens der Regierung der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Schenkeln, Ministerialrath Kress, Geh. Hofrath Koller, sowie die Regierungsräthe Märklin und Hasner anwohnten.

Präsident Klein eröffnete halb 10 Uhr die Verhandlungen mit einer kurzen Begrüßungsansprache, in der er der besonderen Freude über das Erscheinen des Herrn Ministers Ausdruck verleiht. Sein Vorgänger habe seit Begründung des Landwirtschaftsraths den Sitzungen amgenossen und denselben wesentlich durch seine Sachkenntnis und Wohlwollen unterstützt. Derselbe habe während seiner langen Amtsführung in jeder Weise, sowohl auf gesetzgeberischem Wege wie durch Zuwendung materieller Mittel die landwirtschaftlichen Interessen zu fördern gesucht. Er möchte deshalb die heutige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, auch hier diese Anerkennung auszusprechen. (Zustimmung.) Von dem Nachfolger Eisenlohrs habe der Landwirtschaftsrath die Hoffnung und Ueberzeugung, daß derselbe die gleichen Bahnen wandeln werde. Er kenne die Entwicklung der Dinge, so daß zu erwarten sei, daß er in derselben Richtung arbeiten und sorgen werde wie sein Vorgänger. Nicht extra wolle die Landwirtschaft berücksichtigt sein, sie wolle auch hier offen stehen, daß es die Hauptpflicht des Landwirths sei, sich auf eigene Füße zu stellen. Andererseits seien aber die Verhältnisse so, daß der einzelne kleine Mann nicht in der Lage sei, gleichen Schritt zu halten, er bedürfe des gesetzlichen Schutzes des Reiches und der Förderung der eigenen Regierung durch Zuwendung materieller Mittel.

Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Schenkeln, führt etwa folgendes aus:

Als er das verantwortungsvolle Amt eines Präsidenten des Ministeriums des Innern übernommen, habe er eine schwere Aufgabe übertragen erhalten, die ihm durch die Eigenschaften, die seinem Vorgänger ausgezeichnet, besonders schwer geworden, denn derselbe habe Gelegenheiten gehabt, Jahrzehnte lang auf allen wirthschaftlichen Gebieten für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen, namentlich aber auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Es sei ein neuer Zug in die Gesetzgebung gekommen mit dem, was der Staat für die Landwirtschaft thue. Er

könne nicht hoffen, seinen Vorgänger zu erreichen, doch habe ihm derselbe die Arbeit erleichtert, denn er trete in ein wohl gepflegtes und wohl eingerichtetes Geschäft, in dem alle Ziele festgelegt seien, wo er nur weiter zu arbeiten habe im Sinne seines Vorgängers. Sein Vorgänger habe auch dadurch Hervorragendes geleistet, daß er eine ganz ausgezeichnete Interessensvertretung für die Landwirtschaft hergestellt habe und ihm sei es eine große Beruhigung, daß er hier eine Anzahl erfahrener Landwirthe aus dem ganzen Lande vor sich habe, geführt von einem Veteran der Landwirtschaft, daß er sich in allen Zweifelsfragen an diese Vertreter wenden könne mit dem Bewußtsein, hier werde er eine klare, verständnißvolle Antwort erhalten. Er freue sich, den Verhandlungen anwohnen zu können und wünsche denselben einen glücklichen Fortgang. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem der Präsident Klein der verstorbenen ehemaligen Mitglieder Häß und Gramlich gedacht, zu deren Andenken sich die Anwesenden von ihren Sitzen erheben, werden die Bürgermeister Herdtsch und Kall zu Schriftführern gewählt.

In die Tagesordnung eintretend, leitete Oekonomierath Landtagsabgeordneter Klein die Beratung über die künftig festzusetzenden Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere auf Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Delikatessen, Fleisch und Gans, Tabak, Hopfen, Wein, Obst, Pferde u. a. m. mit einigen Bemerkungen ein, in denen vor Allem festgesetzt wurde, daß die abgelaufenen Handelsverträge der Landwirtschaft nicht gebracht habe, was dieselbe erwartete. Die Reichsregierung habe diesmal einen wirthschaftlichen Ausbruch geschaffen, der sich nach den einzelnen Klassen der Industrie, Landwirtschaft und des Handels vertheile. In Baden habe sich nach der Umfrage eine Rente auf die landwirtschaftlichen Güter und Grundstücke in Höhe von 1 bis 1 1/2 Proz. herausgestellt, die aber in Einzelfällen eine noch wesentlich geringere sei. Was die Zölle anbetreffe, so habe die Landwirtschaft wohl ein Recht, daß das Getreide endlich einen Preis erhalte, der auch den Anbau lohne. Im wirthschaftlichen Ausbruch des Deutschen Landwirtschaftsraths habe man die Meinung vertreten, für alle Getreidearten einen Zoll festzusetzen. Der Ansicht der No. 10. Deutschen, auch die Futtermittel mit einem Zoll zu belegen, habe er nicht beitreten können. Des Weiteren sei der Deutsche Landwirtschaftsrath der Meinung, daß für die wichtigsten Gegenstände der Landwirtschaft ein Minimal- und Maximaltarif eingeführt werde. In diesem Sinne habe der Ausschuss auch eine Deputation an den Reichskanzler geschickt und demselben erklärt, daß die Landwirtschaft an und für sich an Handelsverträgen ein besonderes Interesse nicht habe, sie sehe aber ein, daß die Industrie langfristige Handelsverträge bedürfe, denen auch die Landwirtschaft zustimmen könne, wenn sie selbst dabei ausreicht geschützt werde. Der Reichskanzler habe in seiner Antwort durchzubilden lassen, daß die Regierung bemüht sein werde, die Festsetzung des Tarifs nach Möglichkeit zu beschleunigen. Den Herren Vertretern der einzelnen Kreise sei heute Gelegenheit gegeben, sich über die Zölle auszusprechen.

Es folgt hierauf eine Aussprache sämmtlicher Vertreter, die sich dahin zusammen fassen läßt, daß man im allgemeinen die Ansicht vertritt, für die Getreidearten (Weizen, Gerste, Roggen, Hafer) einen Zoll festzusetzen in mindestens Höhe von 6 M., an den bisherigen Zöllen für ausländisches Handelsvieh festzusetzen, damit die Landwirtschaft in der Viehzucht geschützt werde. Für den Wein soll der bisherige Zoll als Minimaltarif beibehalten werden, doch sei ein erhöhter Zoll auf frische und gestampfte Trauben bis zu 30 M. wünschenswerth. Des Weiteren wird ein Zoll auf Quebrachholz bis zu 2 M. gewünscht und eine Erhöhung des Tabakzolls bis zu 125 M. befristet. Sämmtliche Vertreter sprechen sich ferner für Zollfreiheit der Kraftfuttermittel aus mit Ausnahme des Mais, für welches ein Zoll von 2 M. angebracht erscheine.

Landtagsabgeordneter Schäfer gibt die folgenden Tarifforderungen bekannt, wie sie von dem Badischen Bauernverein normirt worden sind:

Weizen und Roggen	7 M. 50 Pf. Minimalsatz
Hafer und Gerste	6 „ „ „
Mais	4 „ „ „
Tabak	125 „ „ „
frische u. gestampfte Trauben	30 „ „ „
Quebrachholz	1 „ 50 „ „
Pferde über zwei Jahre alt	100 „ „ „

In Bezug auf die Kraftfuttermittel befristet der Bauernverein vollständige Zollbefreiung. Landtagsabgeordneter Frank befristet, daß die Regierung dahin wirke, daß Rußland den Hopfenzoll ermähige, damit der deutsche Hopfen leichter eingeführt werden könne. Im übrigen hoffe er, daß die Regierung im Bundesrath für die heute zu Tage getretenen Wünsche eintrete und daß auch die hier vertretenen Mitglieder des Reichstags in ihren Fraktionen dahin wirken, daß die Wünsche der Landwirtschaft berücksichtigt würden.

Mühlenbesitzer Dreher erklärt sich als Freund langfristiger Handelsverträge, jedoch unter Einführung eines Minimal- und Maximaltarifs, wenn er auch auf den Maximaltarif nicht viel Werth lege. Jedenfalls müsse die Landwirtschaft genau wissen, welche Minimalsätze für ihre Produkte festgesetzt seien. Des Weiteren erklärt sich Redner gegen die sogenannte Weistbegünstigungsklausel, durch welche die Landwirtschaft besonders geschädigt worden sei.

Prinz Alfred zu Löwenstein glaubt feststellen zu müssen, daß die heute geäußerten Forderungen gewiß beschöne seien. Da zweifellos Abstriche gemacht würden, so würde höhere Forderungen an Platte gehalten haben, um schließlich wenigstens das zu erhalten, was der Landwirtschaft unbedingt notwendig sei. Wie die Handelskammern in ihren Versammlungen, so müsse auch die Landwirtschaft energisch ihren Standpunkt wahren.

Herr C. v. Söller meint, wenn heute die Mannheimer Handelskammer den Verhandlungen anwohnt hätte, würde sie ihr Erstaunen über die Bescheidenheit der landwirtschaftlichen Vertretung nicht zurückhalten haben. Die Landwirtschaft wolle aber auch mit ihren Forderungen Niemandem todt machen, sondern habe lediglich die Interessen der Allgemeinheit im Auge. Zugleich wolle er auch die Landwirtschaft der Regierung lagern, daß die heutigen Forderungen das Mindestmaß derselben nicht übersteigen.

Schließlich wurden folgende Anträge angenommen: Die Landwirtschaft gibt der Erwartung Ausdruck, daß Maximal- und Minimaltarife den Handelsverträgen zu Grunde gelegt werden und daß bei Abschluß derselben die Weistbegünstigungsklausel ausgeschlossen bleibt, sofern nicht Staatsverträge entgegen stehen.

An Seine Erzellenz den früheren Minister des Innern, Geh. Rath Dr. Eisenlohr, ist folgendes Telegramm abgegangen: Der Badische Landwirtschaftsrath würdigt in vollster Weise die Verdienste, welche sich Euer Erzellenz um die Landwirtschaft erworben haben und wird Ihnen stets ein dankbares Andenken bewahren.

Um halb 3 Uhr schlossen die Verhandlungen, die morgen Vormittag halb 10 Uhr fortgesetzt werden.

Die Reise des Präsidenten Krüger.

(Telegramm.)

* Haag, 11. Dez. In einer Unterredung, die Krüger und Leyds heute mit dem Ministerpräsidenten Pierson und dem Minister des Aeußeren Beauffort hatten, betonte Krüger nochmals, daß der Zweck seiner Reise sei, einen Schiedspruch zu erlangen. Die niederländischen Minister hoben in ihrer Erwiderung hervor, daß die niederländische Regierung hierbei eine passive Rolle spielen müsse und daß die Initiative den Großmächten zukomme. Wenn diese ihren Entschluß gefaßt haben würden, könne die niederländische Regierung sehen, was sie thun werde. Die heute Abend zu Ehren Krüger's in Aussicht genommene Serenade der hiesigen Schiller ist verboten, weil die Polizei Ansehensstörungen befürchtet.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* München, 12. Dez. Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent stiftete gestern dem Altreichskanzler Hohenlohe einen Besuch ab.

* Paris, 11. Dez. Die Kammer nahm mit 378 gegen 181 Stimmen die Vorlage betreffend die Reform der Getränkebesteuerung an.

* Paris, 11. Dez. Die Kammer nahm in der heutigen Vormittagsitzung bei der Beratung des Justizbudgets den Antrag Chabert an, der fordert, daß die sogenannte Peltzgeheimnisse, die bisher alljährlich nach den Gerichtsferien beim Wiederbeginn der Gerichtsverhandlungen gelesen wurden, künftig nicht mehr gelesen werde.

* London, 11. Dez. Unterhaus. Kriegsminister Brodrick bringt eine Nachtragsforderung für das Heer in Höhe von 16 Millionen Pfund ein und sagt: Die Erwartungen, die man bei Aufstellung des letzten Budgets gehegt habe, seien nicht erfüllt worden. Man müsse sich bis zum 31. März auf Ausgaben gefaßt machen, die wenig geringer sein werde als diejenigen des gegenwärtigen Finanzjahres. Auf die Lage in Südafrika übergehend sagt der Minister, durch den Guerillakrieg werden die Freiwilligen noch eine gewisse Zeit anbauen können. Allein ohne Hilfe von außen werde der Guerillakrieg schließlich keinen Erfolg haben. Brodrick weist auf die Erfahrungen hin, die andere Völker bei der Zurechtbildung von Guerillakriegern gemacht haben. Es sei deshalb nicht auffallend, daß England auf Schwierigkeiten stoße in einem Lande, das so groß als Spanien, Cuba und die Philippinen zusammen sei. Die Regierung könne gegenwärtig auf die Dienste der in Südafrika stehenden Freiwilligen nicht verzichten, der Kampf müsse mit aller Kraft fortgeführt werden. Diese Politik werde das Land schneller friedlichen Verhältnissen zuführen. Die Regierung hoffe beim Wiederzusammentritt des Hauses bezüglich der Rückkehr der Truppen betriebendere Erklärungen machen zu können. Harcourt tadelt die Regierung wegen Mangel an Voraussicht. Das Unterhaus nahm dann nach längerer Debatte den Nachtragsetat mit 284 gegen 8 Stimmen an.

* London, 11. Dez. „Evening Standard“ meldet: Nach den neuesten Berichten befinden sich die Truppen Kroz und Dewet's noch immer im Kampfe. Das verzögerte Eintreffen von Nachrichten rührt daher, daß keine telegraphische Verbindung mit Kroz besteht. Es wird unaufhörlich gekämpft und dabei fortwährend der Kampfplatz gewechselt.

* Livadia, 11. Dez. Seine Majestät der Kaiser verbrachte die verfloßenen 24 Stunden sehr gut. Die Genesung geht ihren ganz richtigen Gang. Der Appetit ist sehr gut. Die Kräfte nehmen täglich zu. Temperatur und Puls sind normal.

* Athen, 11. Dez. Kammer. Delhannits und andere Abgeordnete sprechen ihr Bedauern über die fremde Einmischung bei der Ueberwachung der Angelegenheiten aus, die dem Regierungsweschele angehören. Der Ministerpräsident bestritt jede fremde Einmischung, die die Hoheitsrechte des Staates antaste.

* Kapstadt, 12. Dez. Feldmarschall Roberts ist nach England abgereift.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 13. Dez. Abts. A. 23. Ab. Vorst. (Kleine Preise.) „Die Journalisten“, Lustspiel in 5 Akten von Gustav Freytag. — Uelheid: Alice Hempel vom Stadttheater in Erfurt als Gast. — Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Freitag, 14. Dez. 5. Vorst. außer Ab. (Große Preise.) 3. und letztes Gastspiel des Herrn Anton van Rooy aus Bayreuth: „Die Walküre“ in 3 Aufzügen von Richard Wagner. — Botan: Anton van Rooy als Gast. — Anfang 6 Uhr, Ende halb 11 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd., vom 12. Dez. 1900.
Der Luftdruck nimmt heute von einem die südliche Hälfte Mitteleuropas bedeckenden barometrischen Maximum aus bis zu einem Depressionsgebiet ab, das über dem Nordsee Eurodas liegt, und das Minima über der nördlichen Nordsee und über Schweden aufweist. Das Wetter ist überall trüb, bis Mitteldeutschland herein regnerisch, weiter südwärts dagegen meist trocken. Die Morgentemperaturen lagen nur in Südbayern und in Oesterreich-Ungarn unter dem Gefrierpunkt, sonst überall darüber, am meisten — bis zu 10° — auf den britischen Inseln. Eine wesentliche Witterungsänderung ist nicht zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Stimmel
11. Nachts 9 ⁰⁰ U.	760.1	2.4	6.3	96	SW	bedeckt
12. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	760.6	2.2	4.7	87	„	„
12. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	761.1	4.5	5.3	84	„	„

Höchste Temperatur am 11. Dezember: 4.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 1.8.

Niederschlagsmenge des 11. Dezember: 0.0 mm.
Wasserstand des Rheins. Maxan, 12. Dez.: 4.56 m, gefallen 29 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Von der **Oberrheinischen Bank** und den Herren **Marx & Goldschmidt**, hier, ist der Antrag gestellt worden: **nom. M. 1,000,000.— 4 1/2% Hypothekendarlehen von 1900 der Oberrheinischen Electricitätswerke A.-G. in Karlsruhe**
Lit. A, No. 1-800, Lit. B, No. 1-400
 zum Handel und zur Notirung an der hiesigen Börse zuzulassen.
Mannheim, den 11. Dezember 1900.
Die Zulassungsstelle an der Börse zu Mannheim.

Im unterzeichneten Verlage erschien soeben und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neues Badisches Bürgerbuch.

Eine Sammlung der wichtigsten Gesetze und Verordnungen aus dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht des Großherzogthums Baden. **Nebst den einschlägigen Gesetzen des Deutschen Reiches.**
 Herausgegeben von **Dr. Friedrich Wielandt**,
 Präsident des Bad. Evang. Oberkirchenraths, Geheimrath I. Klasse.
Sechste, neu bearbeitete, Auflage
Zweiter Band.
 Preis broschirt M. 7.—, in Leinwand gebunden M. 8.20.

Ferner **Nachtrag**
 zum I. Bande des Bad. Bürgerbuchs.
 Preis brosch. 60 J.
Adolph Emmerling & Sohn
 Verlagbuchhandlung.

813

Großherzog Friedrich von Baden.
 Neben und Fundgebungen 1852-1896.
 Herausgegeben von Dr. R. Krone
 Stattdlicher Band
 Mit Porträt
 Nr. 6.—
 In künstlerischem Prachtband M. 7.50
 In allen Buchhandlungen.
 Verlag Paul Wachtel,
 Freiburg i. S. u. Leipzig.

Musikalien
 zu Weihnachts-Geschenken
 empfiehlt in grösster Auswahl
Fr. Doert, KARLSRUHE
 Ritterstrasse
 Ecke d. Kaiserstrasse 159.

Ludwig Bertsek, Hofjuwelier
 Karlsruhe, Kaiserstrasse 163.
 Grösste Auswahl
versilberter Gegenstände
 und **Tafelgeräthe etc.**
Christofle Bestecke.
 Billige feste Preise.

Bekanntmachung.

Den Bau der Eisenbahn von Neustadt nach Hisingen,
 h. i.
 die Abtretung von Liegenschaften auf Gemarkung Röhrenbach betreffend.
 Nach Vorschrift des § 62 des Enteignungsgesetzes vom 26. Juni 1900 bezw. des Art. 9 des Gesetzes vom 29. März 1838 wird hiermit bekannt gemacht, daß folgende, zur Anlage der Eisenbahn von Neustadt nach Hisingen erforderlichen, auf Gemarkung Röhrenbach gelegenen Grundstücke auf gütlichem Wege nicht erworben werden konnten.

Plan-Nr.	Eigentümer und deren Wohnort.	Gewinn	Kulturart	Flächenmaß des	
				ganzen Grundstücks	erforderlichen Theils
16	Guth, Josef, Schweinehändler in Röhrenbach	Im Dorf	Hofratthe Wiese	636	4921
885	Derfelbe	Immerer	Acker	18160	
			Ellenberg	21921	6219

Karlsruhe, den 8. Dezember 1900.
Der Vorstand
 der Expropriationskommission für den Eisenbahnbau.
 Heil.

801

Hoflieferanten F. Mayer & Cie.

Karl Friedrich-Strasse Karlsruhe am Rondelplatz,
 beehren sich zum gefl. Besuche ihrer
Weihnachts-Ausstellung,
 welche mit Luxus- und Gebrauchsartikeln aller Art auf das Reichhaltigste ausgestattet ist, ergebenst einzuladen.

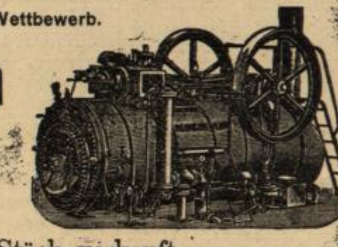
823

M. Friederich & Cie., Juweliere,
 KARLSRUHE, Kaiserstr. 92, BRUCHSAL, Kaiserstr. 32,
 empfehlen ihr reichhaltiges Lager in passenden **Weihnachtsgeschenken** auf's Beste.
 Streng reelle Bedienung. — **Billigste Preise.** [8694.2]

HEINRICH LANZ, MANNHEIM.

Weltausstellung Paris 1900
 Vicepräsident des Preisgerichts Classe 19
 (Dampfmaschinen, Lokomobile, Kessel)
 daher ausser Wettbewerb.

Lokomobilen
 von 4-300
 Pferdekraften.



Ueber 10000 Stück verkauft.
 Gleicher Absatz von keiner anderen Fabrik Deutschlands erreicht!

C. Reinholdt, Sohn
 Grossh. Hofuhrmacher
 KARLSRUHE



Reichhaltiges Lager in:
Präzisions-Taschen-Uhren
Genfer Damen-Uhren
 mit feinsten Dekorationen.
 Letzte Neuheiten in
Hausuhren, Consoleuhren, Regulateuren, Pendules, Wilder- u. Weckeruhren.

Werkstätte für exakte
 Reparatur- u. Neuarbeiten.

Geschäftliche Mittheilung.

Die direkte und alleinige Vertretung meiner Flügel- und Pianinos für Karlsruhe befindet sich seit Jahren nur bei **Herrn Hoflieferant Schweisgut** daselbst, Erbprinzenstrasse Nr. 4, in dessen Magazine stets eine größere Anzahl meiner Fabrikate in nur gediegener Ausführung ausgestellt ist.
 Berlin N., im November 1900.

C. Bechstein,
 Flügel- und Piano-Fabrik,
 Hoflieferant
 Seiner Majestät des Kaisers und Königs.

Gehilfen-Gesuch.

Bei der Stadtverwaltung Mannheim sind thumlichst bald folgende Stellen zu besetzen:
 Zwei Schreibstellen durch jüngere Gehilfen; Gehalt 840-1200 M. je nach Alter und Leistungsfähigkeit; ferner eine Bureaugehilfenstelle durch einen im Bureaudienst durchaus bewanderten Gehilfen; Gehalt 1200 bis 1500 M. je nach Befähigung. Bei Bewährung im Dienste ist später Einweihung des Inhabers letzterer Stelle in den Gehaltsstuf nicht ausgeschlossen.
 Für sämtliche Stellen gefällige Handschrift unerlässlich. Gehaltsansprüche sind anzugeben und die Bewerbungen mit Lebenslauf sowie Zeugnissen, von nicht im öffentlichen Dienste Befindlichen auch mit Leumundzeugnissen zu belegen.
 Mannheim, den 10. Dezember 1900.
Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur Kenntniss der im Großherzogthum Baden lebenden türkischen Unterthanen gebracht, daß laut Verfügung der hohen kaiserl. türk. Regierung nach dem geltenden Gesetze alle türkische Unterthanen, welche im Auslande leben und daselbst zu betrachten beabsichtigen, sich behufs Ausstellung eines Certificats (die Genehmigung betreffend) an die zuständige kaiserl. türk. Consular-Behörde wenden müssen. Ebenso hat jeder türk. Unterthan die Geburt eines Kindes dem Consular-Beamten innerhalb von „sechs“ Monaten anzuzeigen, damit der ordnungsmäßige Eintrag in die Register erfolgen kann. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften erliegen einer Strafe von je einem türkischen Pfunde.
 Mannheim, den 8. Dezember 1900.
Das kais. türk. General-Consulat.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines **Rathschreibers** ist sofort zu besetzen. Bewerber, welche in Verwaltungssachen durchaus bewandert sein müssen, wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse und Angabe der Gehaltsansprüche alsbald melden.
 Brühlgen, den 11. Dezember 1900.
Der Gemeinderath:
 Schurt. Weisbrod.

Geld! Darlehen

auf Wechsel zc. beschafft prompt das Bankgeschäft von
Wilh. Förster, Freiburg i. S.

Patent-Bureau
 KARLSRUHE
 CKLEYER
 INGENIEUR & PATENTANWALT

Bekanntmachung.

Aus den Erträgen der **Arnold-Hirt-Stiftung** für die Universität Heidelberg könnte eine Förderung im Betrage von **800-1000 M.** verliehen werden.
 Der Zweck der Stiftung ist vom Stifter neuerlich dahin näher bestimmt worden, daß der Ertrag des gesammten Stiftungsvermögens der Regel nach und in erster Linie für die Unterstützung von Studierenden oder Dozenten der Geographie, zur Förderung von Studienreisen mit geographischen Zielen und zur Unterstützung geographischer Publikationen besonders solcher, welche jungen Studierenden oder Dozenten im Fache der Geographie zur wissenschaftlichen Einführung und weiteren Förderung auf dem fraglichen Wissensgebiete dienen können, verwendet werden soll.
 Bewerbungen um einen Beitrag aus den fraglichen Stiftungsverträgen sind binnen einer Frist von 8 Wochen mit näherer Begründung und den etwa erforderlichen Nachweisungen bei uns einzureichen.
 Karlsruhe, den 7. Dezember 1900.
 Gr. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
 Hoff. Glitsch.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Konkurs.
 827 Nr. 20348. Emmendingen.
 In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fuhrhalters **Martin Rumbach** in Emmendingen ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich, Vergleichstermin bestimmt auf **Freitag den 21. Dezember 1900, Vormittags 10 Uhr.**
 Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.
 Emmendingen, 11. Dezember 1900.
Groß. Amtsgericht:
 Geh. Schlichter:
 Dies veröffentlicht:
 Der Gerichtsschreiber:
 Branner.

Vereins-Register.

Forzheim. 819
 In das Vereinsregister Band I ist eingetragen worden:
 D. S. 13: **Musikverein in Forzheim.**
 Die Satzung ist am 22. Oktober 1900 errichtet.
 Jedes Vorstandsmitglied hat die Befugnis zur Vertretung des Vereins. Die Vertretungsbefugnis des Vorstandes ist infolge beschränkt, als Urkunden, welche den Verein Vermögensrechtlich verpflichten, außer von einem Vorstandsmitglied noch von dem Kassier oder bei dessen Verhinderung von einem anderen Mitgliede des Geschäftsausschusses unterzeichnet sein müssen.
 Forzheim, den 5. Dezember 1900.
Groß. Amtsgericht II.

Bermischte Bekanntmachungen.

758.2. Karlsruhe.
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Bezug auf die Ministerial-Verordnung vom 19. Mai 1881 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. XIII) wird bekannt gegeben, daß die nächste **Eisenbahngelienprüfung am Montag den 11. März 1901** beginnen wird. Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung, deren Anforderungen im § 5 der im diesseitigen Verordnungsblatt Nr. 38 von 1881 veröffentlichten Ministerial-Verordnung vom 2. Juli 1881 näher festgelegt sind, müssen **spätestens auf 10. Februar 1901** unter Beigabe der erforderlichen Zeugnisse an der eingereicht werden.
 Sofern der Bewerber außer in der französischen Sprache noch in der englischen oder italienischen Sprache geprüft werden will, so ist dies im Gesuche zu bemerken.
 Das erwähnte diesseitige Verordnungsblatt Nr. 38 von 1881 kann bei allen Dienststellen der badischen Staats-Eisenbahnen eingesehen werden.
 Groß. Generaldirektion.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die in den Gütertarifen **Theil II** Heft 1 und 4 für den süddeutsch-österreich-ungarischen Verband zum Ausnahmetarif Nr. 32 für Güter aller Art vorgezeichneten, und in der Richtung nach **Österreich-Ungarn** bis 31. Dezember 1900 gültigen, besonderen Frachttarife bleiben auch bis auf Weiteres in Kraft.
 Karlsruhe, den 11. Dezember 1900.
 Groß. Generaldirektion.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen

Mit Gültigkeit vom 15. Dezember l. J. wird die Station **Nimburg** in den Ausnahmetarif Nr. 13 **Abth. III** für Kleesaaten (mit Mannheim) und die Station **Reichenau a. N.** in den Ausnahmetarif Nr. 8 **Abth. I** für Kunftwolle (mit Heidelberg) des Gütertarifs **Theil II** Heft 7 für den süddeutsch-österreich-ungar. Verband aufgenommen. Näheres ist bei den Verbandsstationen zu erfahren.
 Karlsruhe, den 11. Dezember 1900.
 Groß. Generaldirektion.